

N i e d e r s c h r i f t

**der 3. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 21.10.2009**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:07 Uhr bis 16:37 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

| | | |
|---------------------------|-----------------------|---------------------------------|
| Herr Dr. Thomas Pohlack | Bürgermeister | |
| Frau Dr. Annegret Bergner | CDU | |
| Herr Raik Müller | CDU | in Vertretung für Herrn Bartl |
| Frau Dr. Ulrike Wünscher | CDU | in Vertretung für Herrn Bönisch |
| Herr Hendrik Lange | DIE LINKE. | anwesend ab 16:34 Uhr |
| Herr Dr. Bodo Meerheim | DIE LINKE. | |
| Frau Elisabeth Nagel | DIE LINKE. | |
| Frau Gertrud Ewert | SPD | |
| Herr Johannes Krause | SPD | |
| Herr Gerry Kley | FDP | |
| Herr Tom Wolter | MitBÜRGER für Halle | |
| Herr Dietmar Wehrich | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | anwesend ab 16:15 Uhr |
| Herr Egbert Geier | BG | |
| Herr Dr. Bernd Wiegand | BG | |
| Herr Tobias Kogge | BG | |
| Herr Wolfram Neumann | BG | |

Entschuldigt fehlen:

| | |
|------------------------------------------|-----------|
| Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados | |
| Herr Harald Bartl | parteilos |
| Herr Bernhard Bönisch | CDU |

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 3. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack** eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- TOP 5.1 Grundsatzvorlage Zukunftskonzept Eissporthalle
Vorlage: V/2009/08274
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.2 Erweiterung und Sanierung Feuerwache Süd - Baubeschluss -
Vorlage: V/2009/08120
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.3 Jahresabschluss 2008 Eigenbetrieb Kindertagesstätten
Vorlage: V/2009/08110
gleiche Voten in den Fachausschüssen

In Bezug auf TOP 5.3 - Jahresabschluss 2008 Eigenbetrieb Kindertagesstätten machte **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** darauf aufmerksam, dass bis zur Stadtratssitzung am 28.10.09 die Stadtratsmitglieder ein neues Vorlagendeckblatt erhalten werden. Hier sei in der Bilanzsumme ein Zahlenfehler aufgetreten; es ginge nicht um 24,7 Mio. €, sondern um 34,7 Mio. €.

Weitere Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.09.2009

4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1 *Grundsatzvorlage Zukunftskonzept Eissporthalle*
Vorlage: V/2009/08274 abgesetzt
 - 5.2 *Erweiterung und Sanierung Feuerwache Süd - Baubeschluss -*
Vorlage: V/2009/08120 abgesetzt
 - 5.3 *Jahresabschluss 2008 Eigenbetrieb Kindertagesstätten*
Vorlage: V/2009/08110 abgesetzt
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
 - 8.1 Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.09.2009

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 2. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 23.09.2009.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vor.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Frau Ewert, SPD-Fraktion, bezog sich auf die „Bürgerumfrage Halle 2009“, die in enger Zusammenarbeit der Stadt Halle mit dem Institut für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg von einem Team um Herrn Prof. Reinhold Sackmann durchgeführt werde.

In dieser Bürgerumfrage werden in einem Themenkomplex Fragen zu Ausländern, Gewalt, Kriminalität, Müll und Schmutz gestellt. Konkret ginge es hierbei um Dinge, die im Wohnumfeld als störend empfunden werden. Diese Vermischung sei äußerst unsensibel.

Infolge dessen legte Frau Ewert folgenden Antrag vor:

Der Hauptausschuss möge beschließen:

- 1. Zur Information über die Bürgerumfrage 2009 wird Herr Prof. Dr. Sackmann in die nächste Sitzung des Hauptausschusses eingeladen.**
- 2. Der Fragebogen der Bürgerumfrage 2011 sowie die folgenden Bürgerumfragen werden jeweils vor der Umfrage dem Hauptausschuss zur Kenntnis gegeben.**

Sowohl **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** als auch **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, wiesen darauf hin, dass die Einbringung dieses Antrages zum jetzigen Zeitpunkt formal nicht zulässig sei.

Anträge müssen gemäß § 6 (2) der Geschäftsordnung 21 Tage vor der Sitzung bei der Geschäftsstelle Stadtrat eingegangen sein oder gemäß § 2 (2) der Geschäftsordnung am Tag der Sitzung als Dringlichkeitsantrag unter dem TOP 2 - Feststellung der Tagesordnung eingebracht werden. Dieser könne dann als dringlich auf die Tagesordnung genommen werden, sofern 2/3 der gesetzlichen Mitglieder des Hauptausschusses zustimmen.

In Anbetracht der formalen Unzulässigkeit bemerkte **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack**, dass eine Abstimmung des Antrages in der heutigen Sitzung nicht möglich sei. Gleichzeitig brachte er zum Ausdruck, dass die Verwaltung die Intention des Antrages unterstütze, so dass diese Thematik in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 18.11.2009 auf die Tagesordnung genommen und Herr Prof. Sackmann zur Sitzung eingeladen werde.

Frau Ewert, SPD-Fraktion, erklärte sich damit einverstanden.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte, ob die Stadtverwaltung den Fragebogen genehmigt habe, da sie als Auftraggeber mit aufgeführt sei.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack antwortete, dass bisher keine Genehmigung durch die Stadtverwaltung erfolgte. Die Bürgerumfrage werde seit 10 Jahren in einem 2-jährigen Befragungsrhythmus durchgeführt. Die Umfrage bestehe einerseits aus immer wiederkehrenden und andererseits aus neuen spezifischen Fragen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 8 **Mitteilungen**

zu 8.1 **Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II**

Herr Krause, SPD-Fraktion, teilte mit, dass der Saalekreis im Rahmen der Vergaben im Konjunkturpaket II einen bis zu 50 %igen Preisanstieg festgestellt habe. Er fragte, ob dies für die Stadt Halle ebenfalls zutrefte und ob man mit Auswirkungen im Hinblick auf die Realisierung der Maßnahmen rechnen müsse.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack erklärte, dass ein solcher Preisanstieg auch in anderen Städten, wie z. B. Magdeburg, durchaus zunehmend auftrete. Grund dafür sei, dass im Bereich des Baugewerbes die Konjunktur bereits Wirkung gezeigt habe. Ein weiterer Grund wäre die hohe Anzahl an Aufträgen für die Firmen.

In der Stadt Halle sei mit dem Eingangsbereich für das Salinebad bisher nur ein solches Beispiel vorhanden. Hier habe man jedoch entsprechend reagiert und eine Lösung gefunden, die zwar nicht der ursprünglichen Planung entspreche, aber aufgrund der finanziellen Möglichkeiten akzeptabel wäre.

Daher seien für die Stadt Halle nach gegenwärtigem Kenntnisstand keine Auswirkungen zu befürchten und es müssen keine Maßnahmen in Frage gestellt werden. Sollten dennoch bei weiteren Maßnahmen Angebots- und Kostenerhöhungen auftreten, müsse man auch hier versuchen, entsprechend zu reagieren und eine vertretbare Lösung zu finden.

Darüber hinaus verfolge man unter Beachtung der vergaberechtlichen Vorschriften das Anliegen, vor allem ortsansässige Unternehmen mit der Realisierung von Maßnahmen aus dem Konjunkturprogramm zu beauftragen.

Abgesehen davon werde bei der Realisierung der Maßnahmen über das Konjunkturpaket II möglicherweise eine Veränderung in der zeitlichen Abwicklung vorgenommen, dass nicht 50 % der Mittel bis zum 31.12.2009 verausgabt sein müssen. Dies sei aber bislang noch nicht offiziell bestätigt.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, fragte, weshalb in der Position „Grundschule Kröllwitz, Turnhalle“ der Betrag „0“ ausgewiesen, aber gleichzeitig „Einzelbewilligung liegt vor“ aufgeführt sei.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass seines Erachtens die Kosten für die Turnhalle in der Position „Grundschule Kröllwitz, Komplexsanierung“ enthalten wären. Er werde dies aber überprüfen und danach den Fraktionen eine schriftliche Antwort zukommen lassen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, verwies auf das Vorhaben „Erneuerung Fenster Pestalozzischule“. Hier sei unter dem Stand der Bewilligung aufgeführt: „Feststellung Förderfähigkeit liegt vor“. Er fragte, ob auch für die Investitionspauschale eine Prüfung auf Förderfähigkeit erfolge.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack machte deutlich, dass die Förderfähigkeit der Maßnahmen bereits vorab geprüft wurde. Der Hinweis in der Übersicht sei unnötig.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezog sich auf den Fragebogen zur „Bürgerumfrage Halle 2009“.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack informierte über die Diskussion hierzu unter dem TOP Anträge und verwies nochmals darauf, dass eine entsprechende Behandlung des Themas in der Hauptausschusssitzung am 18.11.2009 erfolgen werde.

Herr Kley, FDP-Fraktion, bezog sich auf die Schulentwicklungsplanung 2009/2010. Er fragte, ob es zweckmäßig sei, diese in der Stadtratssitzung am 28.10.2009 zu beschließen. Sollte das Landesverwaltungsamt diese erneut ablehnen, würde die Stadt Halle keine Schulbaufördermittel erhalten. Abgesehen davon liege bereits die Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2010/2011 vor.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erläuterte die Hintergründe für die Ablehnung der Schulentwicklungsplanung 2009/2010 durch das Landesverwaltungsamt und stellte die sich daraus ergebenden Änderungen in der Beschlussvorlage für die kommende Stadtratssitzung dar. Dabei sei man den Forderungen nach demografisch gesicherten Schulen nachgekommen.

Die Schulentwicklungsplanung, so **Herr Beigeordneter Kogge** weiter, sei eine Aufgabe des übertragenen Wirkungskreises. Da die Stadt Halle diese Aufgabe aufgrund der Beanstandung durch das Landesverwaltungsamt nicht hinreichend erfüllt habe, müsse die Schulentwicklungsplanung 2009/2010 überarbeitet und erneut beschlossen werden.

Anschließend stellte **Herr Beigeordneter Kogge** die Schwerpunkte der Schulentwicklungsplanung 2010/2011 dar:

1. Ausgleich Anwahlverhalten in den Gymnasien
Dazu wurden Kapazitätsobergrenzen für die Gymnasien eingeführt.
2. Problematik Schule Rosengarten und Huttenschule.
3. Grundschulbezirke im Süden der Stadt Halle
4. Aufnahme der Berufsschulen
Dieser Punkt könne momentan nicht vollständig abgearbeitet werden, da die Verwaltungsrichtlinie des Landes nicht vorhanden sei.
5. Förderschulen
In diesem Bereich habe das Land neue Regelungen festgelegt. Die 1. Klasse in Förderschulen falle komplett weg. Infolge dessen wären 10 % weniger Kinder in den Förderschulen untergebracht. Es werden alle Schüler vorerst in die 1. Klasse einer Grundschule eingeschult, so dass ein Wechsel in eine Förderschule frühestens ab der 2. Klasse möglich sei.

Weiterhin müsse der Hauptschulabschluss zukünftig aufgrund der Gleichbehandlung in einer Sekundarschule erfolgen. Dies habe zur Folge, dass im kommenden Jahr in drei Förderschulen die Hauptschulklassen wegfallen und diese in einer Sekundarschule untergebracht werden müssen.

Diese Änderungen habe die Verwaltung bisher nur in Gesprächen mitgeteilt bekommen. Man gehe davon aus, dass die neuen Regelungen der Verwaltung zeitnah zugehen werden. Danach können entsprechende Ergänzungen in der Schulentwicklungsplanung 2010/2011 vorgenommen werden.

Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, fragte dazu, ob der Stadt Halle aufgrund der nicht genehmigten Schulentwicklungsplanung 2009/2010 Schulbaufördermittel in diesem Jahr verloren gegangen seien.

Herr Beigeordneter Kogge erklärte, dass bei Zustimmung der Schulentwicklungsplanung in der Stadtratssitzung am 28.10.2009 keine Schulbaufördermittel verloren gehen, da ein sogenanntes „Gentlemen's Agreement“ vereinbart wurde. Ebenso dürfe es keine Auswirkungen auf Fördermittel aus dem EFRE-Programm haben, da erst im November über die Fördermittelvergabe entschieden werde.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., bezog sich auf die Eissporthalle und fragte, ob alle in der Vorlage aufgeführten Mitglieder in den neu zu gründenden Verein Eissporthalle e. V. eintreten werden.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, gab bekannt, dass zum jetzigen Zeitpunkt nicht feststehe, wer von den aufgeführten Mitgliedern tatsächlich in den Eissporthalle e. V. eintreten werde. Die interessierten Gründungsmitglieder müssen vorerst in ihren entsprechenden Gremien darüber beraten und abstimmen.

Einzelne Gründungsmitglieder haben bereits angedeutet, das Zukunftskonzept der Eissporthalle unterstützen zu wollen. Voraussetzung wäre allerdings, dass sich die Stadt Halle als erstes bekenne.

Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezog sich auf die gestrige Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften. Dort wurde vereinbart, dass in der heutigen Sitzung des Hauptausschusses darüber informiert werde, ob eine erneute Beratung zur Thematik Gutachten Straßenbeleuchtung im Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften erfolgen müsse.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack teilte mit, dass keine erneute Beratung im Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften erforderlich sei. Die Gründe dafür werde er im nicht öffentlichen Teil dieser Sitzung erläutern.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 10 **Anregungen**

Es gab keine Anregungen.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack beendete die 3. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

Dr. Thomas Pohlack
Bürgermeister

Kerstin Godenrath
stellv. Protokollführerin